Numara: 5 Kuruş

ABONE
(Posta ücreti dahil olmak üzere)

		Türkiye için	Ecnebi için
Aylık	Türk lirası	1.50	RM. 5.—
Üç aylık	„ „	4.25	„ 13.—
Altı aylık	„ „	8.—	„ 25.—
Bir senelik	„ „	15.—	„ 50.—

yalnız senelik

Hesabımızla o dala çıkar.

İdarehane:
Beyoğlu, Cumhuriyet sokak 7
Telgraf adresi: Türkpost.
Telefon: 44.606.
Posta Kutusu: İstanbul 1269.

Türkische Post

Preis der Einzelnummer: 5 Kurus

BEZUGSPREISE

	Inland	Ausland
für 1 Monat	T. Pfd. 1.50	RM. 5.—
„ 3 Monate	„ 4.25	„ 13.—
„ 6 Monate	„ 8.—	„ 25.—
„ 12 Monate	„ 15.—	„ 50.—

oder Gegenwert

Erscheint wöchentlich 6 mal.

Geschäftsleitung:
Beyoğlu, Cumhuriyet sokak 7
Drahtanschrift: Türkpost.
Fernsprecher: 44.606.
Postfach: Istanbul 1269.

11. Jahrgang Nr. 47

Tageszeitung

Istanbul, Mittwoch, 26. Febr. 1936

Britische Politik in der Welt

Der frühere deutsche Staatssekretär Dr. Richard von Kühlmann hat einen längeren Aufsatz über die "Britische Politik in der Welt" veröffentlicht. Wir bringen nachfolgende Ausführungen dieses so aufschlußreichen Artikels. (D.Red.)

•

Das englische Imperium umfaßt etwa ein Fünftel der Erdoberfläche und entscheidet über das Wohl und Wehe jedes vierten Bewohners unseres Planeten. Die Dominions stehen als gleichberechtigte Partner neben dem vereinigten Königreich. Ihr Anspruch, bei wichtigen Entscheidungen über die Außenpolitik gehört zu werden, hat sich durchgesetzt. In diesem Sinne muß die noch landläufige Anschauung korrigiert werden, als seien es ausschließlich Downing Street, das englische Kabinett und dahinter die bürokratische Maschinerie des Foreign Office, die souverän über die Außenpolitik des englischen Großreiches entschieden. Immerhin ist noch die britische Insel Großarsenal, Nerven- und Gehirnzentrum dieses weltumspannenden Reiches. Es ist eine der besonderen Pflichten des englischen Premierministers, stets mit den Regierungen der Dominions so enge Fühlung zu halten, daß die Uebereinstimmung, hauptsächlich in den bedeutendsten außenpolitischen Fragen, vollkommen gesichert ist.

Englands Machtmittel ist seine Flotte. Da diese, theoretisch wenigstens, auf allen Meeren allgegenwärtig ist, hat das Inselreich ein starkes Interesse vor allem an der Offenhaltung der Hauptseewege und der Niederhaltung von Kräften, die die Freiheit der Seewege gefährden. Der stets gleichbleibende Grundsatz der englischen Außenpolitik geht dahin, in Europa nahe dem Nerven- und Gehirnzentrum des Empire keine Flotte sich entwickeln zu lassen, deren Angriff dieses Gehirnzentrum gefährden könnte. Der Durchführung dieses Grundsatzes haben Jahrhunderte lang Kämpfe mit Frankreich und den Holländern gedient. Frankreichs Aussicht auf überwiegende Seegeltung wurde in der Schlacht am Nil und bei Trafalgar von Nelson endgültig zerschlagen. Damit war bis zum Aufkommen der deutschen Schlachtflotte unter Wilhelm II. die Vormacht Englands zur See unangreifbar verankert.

Neben dem Grundsatz, keine möglicherweise gefährliche Kampfflotte in der Nähe der Britischen Inseln hochkommen zu lassen, besteht auch der Grundsatz vom Gleichgewicht der Kräfte auf dem Kontinent. Halten sich die Machtverhältnisse zweier rivalisierender Gruppen in Europa annähernd das Gleichgewicht, so kann England, indem es seinen Einfluß der einen Schale zuschlägt, jederzeit das Uebergewicht dahin neigen lassen, wohin es will. Der völlige Niederbruch der Mittelmächte, der durch das Zusammensinken Oesterreich-Ungarns eingeleitet war, hat einen Zustand vollständig einseitiger Machtverteilung in Europa zur Folge gehabt, der mit der absoluten Vorherrschaft Frankreichs auf dem Kontinent zusammenfällt und vom Versailler Vertrag bis in den Anfang der dreißiger Jahre dauert. Die allmähliche Wiedererstarkung Deutschlands, die Wiedererringung seiner Wehrfähigkeit haben einigermaßen im Sinne der Wiederherstellung eines normaleren Gleichgewichtszustandes gewirkt.

Trotz ängstlicher Rücksichtnahme auf französische Empfindlichkeiten und gelegentlicher Schwankungen der allgemeinen Haltung kann man doch sagen, daß die britische Nachkriegsdiplomatie die Wiedererstarkung Deutschlands eher begünstigt hat. Der Abschluß des von Adolf Hitler angeregten Flottenpaktes war für beide Beteiligten von entscheidender Wichtigkeit.

England hatte sich aus Anlaß der japanischen Expedition in die Mandschurei, die zum Austritt des Inselreiches aus dem Völkerbund und zur Gründung des Kaiserreiches Mandschukuo führte, mit erheblichem Nachdruck für den Gedanken der kollektiven Sicherheit des Völkerbundes eingesetzt, ohne daß es aber zu praktischen Ergebnissen gekommen wäre. Jetzt beim äthiopischen Feldzug, war es den führenden englischen Staatsmännern klar, daß ein wiederholtes völliges Versagen der Völkerbundsmaschinerie gegenüber einem offenen bewaffneten Angriff das vollständige Zusammenbrechen der ganzen Institution bedeuten würde. Zudem lag ein enges Zusammenwirken der in Genf zusammengefaßten Nationen mit dem Britischen Weltreich vollkommen in der Linie der großbritannischen Interessen. Die entscheidenden Schritte waren die Brandmarkung Italiens als Angreifer und die Verhängung der im Völkerbundspakt gegen den Angreifer vorgesehenen Sanktionen.

Der sensationelle Kompromißvorschlag Hoare-Laval vom vorigen Spätherbst, der an Mussolinis Zögern ebenso wie an der öffentlichen Entrüstung in England scheiterte, zeigte, daß es im Foreign Office immerhin auch eine Strömung gibt, die Italien zur Aufrechterhaltung des bisherigen Gleichgewichts in Mitteleuropa für unentbehrlich hält. Allein weder der neue Außenminister Anthony Eden, der sich für Genf und die Sanktionen stark eingesetzt hatte, noch irgendein anderer englischer Staatsmann wird heute mehr so leicht daran gehen, die Vermittlung zwischen Mussolini und dem Negus in die Hand zu nehmen, zumal auch Außenminister Flandin als Lavals Nachfolger schwerlich daran denkt. So kann man schlechterdings keinen Weg sehen, der zur Beendigung der Feindseligkeiten in Aethiopien führen könnte. Auf der anderen Seite besteht zu englischen Befürchtungen im Mittelmeer ebensowenig Anlaß mehr. Frankreich ist heute mehr oder weniger aktionsbereit. Die Stellung im Niltale ist ungeheuer verstärkt. Die Benutzung der wichtigen südslawischen und griechischen Häfen ist gesichert. Immerhin geht die Rüstung zunächst einmal gegen Italien im Mittelmeer und in Aegypten weiter, parallel mit den Versuchen, die schon sehr lange offene Frage nach der staatsrechtlichen Stellung Englands im Niltale endgültig zu lösen.

Dabei braut sich im Fernen Osten ein neues Gewitter zusammen, das voraussichtlich Englands Aufmerksamkeit und Kräfte auf lange Zeit voll in Anspruch nehmen wird. Wie in der Mittelmeerwelt das Ringen des spätgeeinten Italiens um einen Platz an der Sonne die Quelle der Wirrnisse darstellt, denen wir in Europa beiwohnen, so erhebt im Osten das mangels einer Hilfe zur Großmacht herangereifte Inselreich Japan immer unverhüllter den Anspruch auf die Vorherrschaft im Pazifik und im weiteren Felde die Vorherrschaft über die Asiaten. Die Eroberung der Mandschurei ist vor kurzem durch den Verkauf der südmandschurischen Eisenbahnen an Japan vollendet worden, und nun treten die Pläne der als Faktor immer einflußreicher gewordenen japanischen Kontinentalarmee unverhüllt hervor, zunächst mit dem Ziel der Abtrennung der Nordprovinzen vom eigentlichen nordchinesischen Reich. Den Vereinigten Staaten zuliebe hat England das Bündnis mit dem Reich der aufgehenden Sonne seinerzeit nicht erneuert. Der Verlauf der mandschurischen Expedition hat, wie die Japaner selber sagen, eine steigende Erbitterung zwischen den beiden früheren Verbündeten hervorgerufen.

Seinen alten politischen Grundsätzen folgend, wird England — dies kann man ohne weiteres annehmen — nun den Versuch machen, sich gegen etwaige japanische Angriffsabsichten durch Bildung einer Mächtekoalition nach Tunlichkeit zu sichern. Die Reibungen zwischen Rußland und Japan nehmen durch das Bestreben Japans, auch die Mongolei in Abhängigkeit zu bringen, ständig zu. Grenzgefechte von nicht unbedeutender Ausdehnung gehören zu den fast alltäglichen Vorkommnissen. In neuerer Zeit ist eine stetige Annäherung Englands an Moskau festzustellen.

Wichtige Gesetzentwürfe dem Kamutay zugeleitet - Ein neuer Friedensplan

Zurückziehung der englischen Heimatflotte aus dem Mittelmeer

Aussprache im englischen Unterhaus hinterließ den Eindruck der Unsicherheit — Die Regierung keineswegs gestärkt

London, 25. Februar (A.A.)

In englischen Parlamentskreisen mißt man eine besondere Bedeutung jener Stelle der Eden-Rede zu, in der er von neuen Bemühungen um eine Versöhnung im äthiopischen Streitfall sprach.

In den Wandelgängen des Unterhauses hatten die Erörterungen über die Möglichkeit einer neuen Versöhnungsbemühung mehr gleichgültigen als feindseligen Charakter. Diese Haltung erklärt sich aus der Tatsache, daß man als die wichtigste Frage der Stunde nicht den afrikanischen Streit ansieht, sondern die Absichten Deutschlands.

Man verweist darauf, daß die Montag-Aussprache keine Einzelheiten über die Regierungspolitik brachte, ausgenommen die Möglichkeiten der Versöhnung im afrikanischen Streit und die Wiederaufrüstung Englands.

Die Aussprache, heißt es, hinterließ den Eindruck der Unsicherheit und allgemeiner Verwirrung in der europäischen Lage. Die Regierung sei aus dieser Aussprache keineswegs gestärkt hervorgegangen.

Englische Pressestimme über den Wert der „kollektiven Sicherheit"

London, 26. Februar.

Die gestrige Ausgabe des Londoner Blattes „Daily Expreß" beschäftigt sich bei der Erörterung der Eden-Rede hauptsächlich mit dem von dem Außenminister berührten Thema der Einkreisung.

„Eden ruft Frankreich und Rußland ein Nein! zu", veröffentlicht das Blatt als große Schlagzeile und betont dann, die britische Regierung wolle keinen Anteil an einer Einkreisung Deutschlands haben.

Das Blatt beschäftigt sich dann mit der These, daß „kollektive Sicherheit der einzige Weg zur Vermeidung eines neuen Krieges sei" und macht hierzu folgende bemerkenswerten Ausführungen:

„Kollektive Sicherheit ist eine Frage, die ebenso voll Dynamit und Trug sei, wie Wilsons berühmte 14 Punkte mit der Selbstbestimmung der Völker". Wie kann ein Völkerbund, der Japan, Deutschland und die Vereinigten Staaten außen stehen läßt und selbst Italien vertreibt, eine Weltautorität haben? Der Völkerbund — so sagt „Daily Expreß" weiter, — sei nur eine Vereinigung von Frankreich, Rußland und England. Wenn das britische Volk nicht für die Streitigkeiten Rußlands und Frankreichs kämpfen wolle, dann könne England auch nicht im Völkerbund bleiben.

Auf der einen Seite stehen Deutschland, Ungarn und Polen, und vielleicht finden sich noch weitere Verbündete, auf der anderen Seite stehen Rußland und Frankreich und, neben Frankreich gestellt, die Tschechoslowakei. Weil diese die übriggebliebenen Reste des Versailler Vertrages darstellen, verlangen sie auch die Hilfe des Völkerbundes, den „Daily Expreß" den „Büttel der Verträge" nennt.

„Das verrottete Haus von Versailles sei zerkracht und zerbröckelt", schließt das Blatt seine Ausführungen.

•

Roms Auffassung

Rom, 26. Februar.

Zu der jüngsten Parlamentsrede Edens wird in Rom erklärt, sie enthalte keine wesentlichen neuen Gesichtspunkte, da Eden wiederholt betont habe, daß die englische Regierung die Sanktionspolitik nur mit Zustimmung aller Mächte weiter verfolge.

Aus dem Ton der Rede folgert man in römischen Regierungskreisen, daß die englische Regierung sich der Verantwortung bewußt sei, die sie mit ihrer bis aufs äußerste getriebenen Sanktionspolitik übernommen habe.

•

Rom, 25. Februar (A.A.)

Der italienische Unterstaatssekretär Suvich hatte am Montagnachmittag eine neuerliche Unterredung mit dem französischen Botschafter de Chambrun.

Es verlautet, daß die Besprechung sich auf die Entscheidungen bezog, die der am 2. März zusammentretende Achtzehner-Ausschuß möglicherweise fällen dürfte.

Verschärfte Spannung vorüber

London, 25. Februar (A.A.)

Gutunterrichtete politische Kreise Englands sagen voraus, daß die britische Heimatflotte schrittweise wieder aus dem Mittelmeer zurückgezogen wird, weil, wie man sagt, die Zeit der verschärften Spannung jetzt vorüber sei.

Man weist auch darauf hin, daß das persönliche Geschwader, das im Roten Meer zusammengezogen war, schon wieder auf der Rückfahrt nach Hongkong ist. Andererseits sind von den vier in Aden liegenden Unterseebooten zwei nach Port-Said, die beiden anderen nach Bombay geschickt worden.

Diese Maßnahmen, so sagt man in den genannten Kreisen, beweisen, daß die britische Regierung auf ihre Blockadepläne im Roten Meer verzichtet hat.

Die Flugzeugträger „Courageous" und der Schlachtkreuzer „Renown" sind nach England zurückbefohlen worden, wo sie einer Reparatur unterzogen werden.

Die Tatsache, daß man Instandsetzungsarbeiten an Bord dieser beiden großen Schiffe vornimmt, die sich auf mehrere Monate erstrecken werden, betrachtet man auch als Beweis dafür, daß die englische Regierung mit keinem Konflikt rechnet.

Rüstungskredite angenommen

London, 25. Februar (A.A.)

Die vorgesehenen Ergänzungshaushalte für die Marine, das Heer und die Militär-Luftfahrt wurden nacheinander vom Unterhaus angenommen.

Die Kredite für die Marine belaufen sich auf 4.850.000 Pfund Sterling. Sie wurden genehmigt, nachdem ein Zusatzantrag der gegnerischen Sozialisten zurückgewiesen worden war.

Auch ein Antrag, in dem die Abweisung der Kredite für die Armee in Höhe von 1.350.000 Pfund Sterling gefordert wurde, wurde zurückgewiesen.

Schließlich wurde ein Abweisungsantrag der Kredite für die Luftstreitkräfte in Höhe von 1.611.000 Pfund Sterling in gleicher Weise erledigt.

•

London, 25. Februar (A.A.)

Die „Times" schreiben, daß Schatzkanzler Neville Chamberlain zum Verteidigungsminister ernannt werden soll. Gesundheitsminister Sir Kingsley Wood soll in diesem Falle Chamberlains bisherigen Posten übernehmen.

Neuer Sabotageakt in der englischen Flotte

An Bord des englischen Torpedobootszerstörers „Velox", der zur Zeit in Chatham liegt, wurde nach einem Bericht der Admiralität ein neuer Sabotageakt festgestellt. Nach Presseerklärungen soll die Minenwerfervorrichtung des Schiffes beschädigt worden sein. Das ist der vierte Sabotageakt, der innerhalb weniger Monate auf englischen Kriegsschiffen vorgekommen ist. Man ist daher überzeugt, daß es sich um einen sorgfältig vorbereiteten Plan radikaler Elemente handelt. Der „Daily Expreß" berichtet, es sei bereits festgestellt worden, daß man es mit einem Sabotageplan von großem Ausmaß zu tun hat.

Das Ziel: Dreier-Vertrag soll mit den Forderungen des Völkerbundes in Einklang gebracht werden

London, 25. Februar (A.A.)

Der neue Friedensplan, der gegenwärtig von den Mächten erwogen wird, soll, wie man erfährt, in Rom eine günstige Aufnahme gefunden haben.

Es ist auch möglich, daß Italien schon durch die Vermittlung privater Persönlichkeiten bei dem Negus vorgefühlt hat.

Die gegenwärtig laufenden Verhandlungen werden nicht offiziell geführt, und man wird sie auch wahrscheinlich abstreiten und ableugnen, wenn sie zu keinem Ergebnis führen sollten.

Der grundlegende Gedanke dieses Planes ist die Bemühung, Italien, Aethiopien und auch dem Völkerbund Genüge zu tun. Man hat vor, den Dreier-Vertrag von 1906, der Italien, England und Frankreich „Einflußzonen" zugesteht, mit den Forderungen des Völkerbundes in Einklang zu bringen. Alle möglichen Neuordnungen sollen im Rahmen des Völkerbundes vor sich gehen. Jede Abtretung von Gebieten soll Entschädigungszahlungen an Aethiopien mit sich bringen. Man will Addis-Abeba einen Teil der Gewinne aus der Minen-Ausbeutung vorbehalten. Der Negus soll seine Oberhoheit über die amharischen Gebiete behalten, Italien soll gegen Bezahlung die Gebiete von Biru und Tera bekommen, ferner noch Ogaden und die Provinzen Borania und Sidama.

Frankreich soll gegen Entschädigungszahlung die Gebiete von Assa erhalten, die das Hinterland von Französisch-Somaliland bilden.

Großbritannien wird sich die Randgebiete um den Sudan, gleichfalls gegen eine Entschädigung an Aethiopien, nehmen.

Die Gewinne, die von den Bergwerksgesellschaften in den abgetretenen Gebieten erzielt werden, sollen vom Völkerbund kontrolliert werden und dazu dienen, das dem Negus verbliebene Gebiet neu zu organisieren und industriell aufzubauen.

•

London, 25. Februar (A.A.)

Die wichtigsten Grundzüge des italienischen Planes zur Beendigung des äthiopischen Streites sollen folgende sein.

1. Die von Menelik eroberten Gebiete bilden eine Belastung für das eigentliche amharische Aethiopien.

2. Diese Gebiete sollen der selbständigen Verwaltung durch die benachbarten europäischen Staaten gegen Bezahlung unterstellt werden.

3. Die Entschädigungen sollen beim Völkerbund eingezahlt werden, der den Zinsendienst der von Aethiopien zur Finanzierung der Unternehmungen zur Entwicklung des Landes aufgenommenen Anleihe gewährleisten soll.

4. Der größere Teil dieser Gebiete soll an Italien fallen und ungefähr die im Laval-Hoare-Plan erwähnten Landesteile umfassen.

5. Frankreich und England sollen Gebietsstreifen erhalten, die an ihre jetzigen Besitzungen angrenzen.

6. Die Selbständigkeit und Sicherheit Aethiopiens sollen vom Völkerbund gewährleistet werden.

7. Aethiopien soll das Recht auf Abgaben für die in den abgetretenen Gebieten in Betrieb genommenen Bergwerke erhalten.

•

Brüssel, 25. Februar (A.A.)

Der Londoner Vertreter der Agentur „Belga" erfährt aus guter Quelle, daß ein Sonderbevollmächtigter Mussolinis zur Zeit in London weilt, um den Versuch zu unternehmen, gemeinsam mit der italienischen Botschaft Verhandlungen mit England einzuleiten, die eine Beilegung des äthiopischen Konflikts auf neuen Grundlagen herbeiführen sollen, die von einigen Londoner Zeitungen heute enthüllt worden sind.

Neuer deutscher Wahlsieg in Memel

Memel, 25. Februar (A.A.)

Vom Memeler Berichterstatter des DNB.

Die ersten Ergebnisse der Memeler Bezirkswahlen zeigen eine Beteiligung von 75% erkennen. Im Memeler Bezirk hat die deutsche Einheitsliste 14 Sitze erhalten, die Litauer dagegen 6.

Im Bezirk Pogegen haben die Deutschen 17 Sitze, die litauischen Parteien 4 Sitze errungen. Die Deutschen haben 2 Sitze gewonnen und die Litauer 2 verloren.

Beratungen der Regierung

Ankara, 25. Febr.

Der Ministerrat trat heute um 16 Uhr zusammen und setzte seine Besprechungen über die Haushaltsvorlage für das kommende Finanzjahr fort.

•

Ankara, 25. Febr. (A.A.)

Nachstehende Gesetzentwürfe wurden vom Ministerrat geprüft und dem Kamutay zugeleitet:

1.) Gesetzentwurf über die Abänderungen des Art. 5 Abs. (d) des allgemeinen Haushaltsgesetzes für das Finanzjahr 1935.
2. Gesetzentwurf über die endgültige Abrechnung des Haushalts der Betriebsgeneraldirektion der Staatseisenbahnen und Häfen für das Finanzjahr 1933.
3.) Gesetzentwurf über den Nachtrag einer Zusatzbestimmung zum Art. 6 des Gesetzes Nr. 2467.
4.) Gesetzentwurf über die Abänderung der Liste, die im Art. 2 des Gesetzes Nr. 2517 über die Abänderung der Gesetze Nr. 1702 und 1880 erwähnt wird.
5. Nachtragsentwurf zum Gesetz Nr. 2222 über die Stundung der Raten für Zahlungen durch Personen, die vom Fiskus Immobilien mit Ratenzahlungen gekauft haben.
6. Gesetzentwurf über die endgültige Abrechnung des Haushalts der Generaldirektion des Küstenrettungsdienstes für das Jahr 1934.
7. Gesetzentwurf über die Vornahme einer Umschreibung in Höhe von Türkpfund 3.200.— am Haushalt des Gesundheitsministeriums für das Finanzjahr 1935.
5. Gesetzentwurf über die Vornahme einer Umschreibung in Höhe von 2.000.— Türkpfund im Haushalt der Generaldirektion der Gendarmerie für das Jahr 1935.
9. Gesetzentwurf über die endgültige Abrechnung der Aufbaudirektion der Stadt Ankara für das Finanzjahr 1934.
10. Gesetzentwurf über die endgültige Abrechnung der Landwirtschaftlichen Hochschule in Ankara.
11. Gesetzentwürfe über die türkische Fahne.
12. Gesetzentwürfe über die Abänderung der dem Gesetz Nr. 2201 beigegebenen Liste Nr. 1.

Freundschaftstelegramme zwischen Hodza, Stojadinowitsch und Dr. Aras

Ankara, 25. Febr. (A.A.)

Anläßlich der letzten Zusammenkunft in Belgrad sandten der tschechoslowakische Ministerpräsident und Außenminister Hodza und der jugoslawische Ministerpräsident und Außenminister Stojadinowitsch an Außenminister Tevfik Rüştü Aras als Vorsitzenden des Rates der Balkan-Entente folgendes Telegramm:

An seine Exzellenz T. R. Aras
Vorsitzenden des Rats der Balkanentente
Ankara

In diesem Augenblick, in dem wir unsere Besprechungen abschließen, die einen erneuten Beweis für die völlige Uebereinstimmung der Ansichten der beiden Staaten im Rahmen der Politik der Balkan-Entente und der Politik der Kleinen Entente erbrachten, möchten wir dem hochverehrten Vorsitzenden der Balkan-Entente unsere wärmsten Grüße übermitteln und Ihrem edlen Lande und Eurer Exzellenz als dem dienstältesten Außenminister Europas unsere allerbesten Wünschen entbieten.

Hodza — Stojadinowitsch

Der Vorsitzende der Balkan-Entente, Dr. Tevfik Rüştü Aras, erwiderte dieses Telegramm mit folgenden Antworttelegramm:

Se. Exzellenz Hodza
Ministerpräsident und Außenminister
Prag

Ich erhalte mit Freude das liebenswürdige Telegramm, das Ihre Exzellenz gemeinsam mit dem Ministerpräsidenten Stojadinowitsch aus Belgrad an mich gesandt haben.

Dieses Wohlwollen, das meinem Lande und mir persönlich gegenüber an den Tag gelegt wurde, hat mir noch einmal die zwischen unseren Ländern bestehende wahre und aufrichtige Freundschaft und weiter die völlige Uebereinstimmung gezeigt, die die Sicherheitspolitik auszeichnet, die von der Kleinen Entente und von der Balkan-Entente im Einklang mit dem Geist des Völkerbundspaktes verfolgt wird.

Bei dieser Gelegenheit will ich nicht versäumen, dem hochverehrten Ministerpräsidenten des befreundeten Landes meine tiefe Dankbarkeit und die Versicherung meiner freundschaftlichen Gefühle auszudrücken.

Tevfik Rüştü Aras

Se. Exzellenz Stojadinowitsch
Ministerpräsident und Außenminister
Belgrad

Ihr liebenswürdiges Telegramm, das sie gemeinsam mit Seiner Exzellenz, dem Herrn Ministerpräsidenten Hodza, an mich gesandt haben, hat mich tief gerührt.

Als derzeitiger Vorsitzender der Balkan-Entente und als Außenminister der Türkei bin ich von dem Wunsch beseelt, dem hochverehrten Ministerpräsidenten des befreundeten und verbündeten großen Landes meine tiefste Dankbarkeit auszudrücken.

Ihre Zusammenkunft in Belgrad hat noch einmal bewiesen, wie sehr die von der Balkan-Entente befolgte Politik in Uebereinstimmung mit dem Völkerbundspakt und mit dem Begriff der Sicherheit der Politik der Kleinen Entente in Einklang steht. Während ich von diesem glücklichen Ergebnis mit Freude Kenntnis nehme, spreche ich Eurer Exzellenz die Versicherung meiner unerschütterlichen Freundschaft und dem verbündeten Jugoslawien meine aufrichtigsten Wünsche aus.

•

Als Präsident der Balkan-Entente sandte Dr. Tevfik Rüştü Aras an den griechischen Außenminister Demerdschis, an den rumänischen Außenminister Titulescu je ein Telegramm, in denen er beiden Ministern von diesem Telegrammwechsel Kenntnis gab.

Wachsender Widerstand im Senat

Flandin verteidigt französisch-russischen Pakt

Paris, 26. Februar.

In der französischen Kammer wurde gestern nachmittag die Aussprache über den französisch-sowjetrussischen Beistandspakt wieder aufgenommen.

Als erster Redner sprach der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, der die Kammer aufforderte, sich schnellstens für die Ratifizierung des Paktes klar zu entscheiden.

Dann ergriff Außenminister Flandin das Wort, um zunächst zur Begründung des Paktes zu sprechen. Nach einem ausführlichen Bericht über die Vorgeschichte des Abkommens erklärte Flandin, man könne diesem Pakt nicht vorwerfen, daß er nicht mit der allgemeinen Linie der französischen Politik übereinstimme. Er sei auch abgeschlossen worden, in der Hoffnung, daß Deutschland sich beteiligen werde. Der Pakt sei von großer Bedeutung für die Zukunft Frankreichs.

Als Flandin betonte, daß man die Außenpolitik nicht mit der Innenpolitik verkuppeln könne, setzte im Hause Unruhe ein, die sich auf der Rechten steigerte, als der Außenminister auf die Bestimmungen zu sprechen kam, die eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der anderen Landes verbieten, und von den diesbezüglichen Verpflichtungen sprach, die von den beiden Vertragschließenden übernommen werden. Dazu antwortete man bei der Rechten mit Gelächter.

Flandin schloß seine Rede mit der Erklärung, der französisch-russische Pakt knüpfe an die Ueberlieferung der französischen Politik an.

•

In parlamentarischen Kreisen wird erzählt, im Senat sei der Widerstand gegen die Ratifizierung des Paktes im Wachsen.

De Martel unterstützt neue syrische Regierung

Damaskus, 25. Februar (A.A.)

Der französische Oberkommissar in Syrien, de Martel, hat dem neuen syrischen Ministerpräsidenten ein Schreiben übermittelt, in dem er die Freilassung der Gefangenen, die noch nicht verurteilt worden sind, und die Begnadigung zahlreicher Verurteilter verspricht. Der Oberkommissar erklärt sich ferner bereit, der neuen Regierung seine bedingungslose Unterstützung zuteil werden zu lassen, und schreibt u. a.:

„Es wird ihnen leicht sein, die Wiederaufnahme des parlamentarischen Lebens und eine Politik der Entwicklung vorzubereiten, die darauf gerichtet ist, zwischen Frankreich und Syrien einen Vertrag herbeizuführen, der dem englisch-irakischen Vertrag ähnlich ist".